

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 14. November 1930

Nummer 266

## Masseneinheitsfront gegen Faschismus

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion zur Wahl des Landtagspräsidenten

Die kommunistische Landtagsfraktion gab zur Wahl des Landtagspräsidenten in der gestrigen Sitzung nachfolgende Erklärung ab:

Die Wahl des Landtagspräsidenten ist eine politische Aktion, in der die Klasse der Bourgeoisie das Kräfteverhältnis im Lande und die Art ihres weiteren Vorgehens gegen die Arbeitermassen zum Ausdruck bringt. Bei der vorigen Wahl gaben die bürgerlichen Parteien dem Sozialdemokraten Wedel ihre Stimme, weil sie die Voraussetzung für den offenen Vorstoß des Faschismus noch nicht für gekommen hielten. Die allgemeine Zuspitzung der politischen Lage, die Verbreiterung und Vertiefung der Wirtschaftskrise, die ihre Wirkung in Sachsen besonders stark zeigt, veranlassen die Bourgeoisie ihren Terror gegen das Proletariat zu verstärken, um noch brutaler als bisher die Nationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, die Monopolisierung weiter zu betreiben, die

### Ausplünderung der wertvollen Massen

zu vertiefen und die Niederknüppelung der Arbeiterklasse durchzuführen. Wenn jetzt die bürgerlichen Parteien bereit sind, sich auf die Wahl eines Nationalsozialisten als Landtagspräsidenten zu einigen, wenn die Volkspartei einen eigenen Vorschlag macht, so bedeutet das keineswegs, daß die Bourgeoisie in der sozialdemokratischen Führerschaft Feinde und Gegner des Faschismus sieht, sondern sie weiß dann diesen Führern verleiht die Rolle der Opposition zu mit dem Zweck, daß diese Führer durch oppositionelles Auftreten die Radikalisierung der Arbeiter aufzuhalten und von dem Ziel des Proletariats: Einigung und Durchführung des Kampfes zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft ablenken sollen. Die Wahl eines Nationalsozialisten als Landtagspräsidenten verleiht dem Zweck, insbesondere die Massen der Kleinbürgerlichen Anhänger des Nationalsozialismus mit neuen Illusionen zu erfüllen und die schwanke werdenden Schichten an die faschistische Partei zu binden.

In der Wahl eines Nationalsozialisten zum Landtagspräsidenten wie auch in der eventuellen Wahl eines solchen als Vizepräsidenten oder in der Wahl eines bürgerlichen Präsidenten kommt die allgemeine Zuspitzung der Klassengegensätze zum Ausdruck. Der unter Mitwirkung des Sozialdemokraten Einzelmeyer während gekommenen Schiedspruch der Metallarbeiter, der ein Signal für einen allgemeinen Lohnabbau ist, kennzeichnet die zunehmende verzerrten Verhältnisse gegen die Löhne und damit auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse zeigt aber auch die Rolle der Sozialdemokraten in der jetzt sich verzerrten Situation.

Die Berufung Sauerings in Preußen als Innenminister ist ein Zeichen, daß in den Ländern mit anders gearteter Struktur wie Sachsen die Bourgeoisie die sozialdemokratischen Führer zu derselben Rolle heranzieht, wie die Nationalsozialisten in Thüringen und Braunschweig.

Die eventuelle Nichtwiederwahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Wedel, die Wahl eines Nationalsozialisten oder bürgerlichen ist

### keine grundsätzliche Klassenkampfangelegenheit

der Bourgeoisie gegen die SPD-Führer, sondern eine Frage der Taktik und der Aufstellung über die Entwicklung des Tempos des weiteren Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft, der Radikalisierung der Massen der Arbeiter, und des Kampfes gegen diese Bewegung der Arbeiter.

Bei allen wichtigen Entscheidungen steht die SPD vollständig im Lager der Bourgeoisie. Die sozialdemokratischen Führer sind auch jetzt bereit, alle Forderungen der Bourgeoisie bedingungslos zu erfüllen. Die Bourgeoisie steht aber die Entwicklung in der Arbeiterklasse, die Abkehr von den sozialdemokratischen Führern.

Deswegen ist die SPD der Bourgeoisie, wie schon im Reich, jetzt in der Scheinopposition wertvollere Helfer als auf den Ministerien oder in den Positionen des Landtages.

Die SPD-Führer erhalten damit vorübergehend den Anschein, als ständen sie gegen die Faschisierung im Kampf. Durch diesen Anschein sollen die Arbeiter von dem Zutritt zur KPD abgehalten werden.

Der sozialdemokratische Präsident Wedel hat die Geschäfte des Landtagspräsidenten absolut im Interesse der Bourgeoisie geführt. So wurden die rigorosen Bestimmungen der Geschäftsordnung ausschließlich gegen die revolutionären Vertreter der arbeitenden Schichten angewendet.

So wie die SPD in allen praktischen Fragen der Politik auf Seiten der Kapitalisten steht, so stand auch der sozialdemokratische Landtagspräsident auf Seiten der Bourgeoisie und ihrer Parteien im Landtag.

Wenn bei dieser Situation die Volkspartei einen eigenen Kandidaten vorschlägt, so geschieht das auf Grund taktischer

Bedenken über die Art des weiteren Vorgehens gegen die Arbeiter und die

### Fortführung des faschistischen Kuriers.

Wenn die Nationalsozialistische Partei nach den notwendigen Presseerklärungen sich bereit erklärt, mit einem sozialdemokratischen Präsidenten gemeinsam in ein Landtagspräsidium zu gehen und damit ihre bei der vorigen Wahl bezogene Stellung verläßt, so kennzeichnet das die offene Schwertung der KPD auf dem Boden der kapitalistischen Republik, zeigt deutlicher als bisher die Rolle der Faschisten als Hilfstuppe der Unternehmer und das schnelle Zueinanderfinden der Handlungen der SPD-Führer und der Faschisten im Auftrage

## Kampf gegen die faschistische Gefahr

entschieden und bedeutend verstärken müssen.

Der Kampf gegen den Faschismus ist aber keine Angelegenheit einer Landtagspräsidentenwahl, sondern eines breiten außerparlamentarischen Kampfes gegen die Unternehmerschicht, die Hungerkrieger, die Wucherzölle und den Terror.

Dieser Kampf wird aber von den SPD-Führern nicht nur nicht gefördert, sondern direkt sabotiert. Die SPD-Landtagsfraktion rettete die Hungerregierung Brünning, die SPD-Gewerkschaftsführer mütigen den Metallarbeiterstreik ab. Der Sozialdemokrat Einzelmeyer stimmte mit für den achtprozentigen Lohnabbau. In Sachsen verhindert die SPD-Führung die Aufnahme des Kampfes gegen die Metallindustriellen, und hilft damit auch hier den Lohnabbau vorbereiten.

Die SPD-Führer verhindern mit einer Flut von Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Partei, die KPD, die Einheitsfront des Proletariats.

### Zusammenbruch im Kampfbund gegen den Faschismus.

der einzigen wirklichen Massenorganisation gegen die faschistische Gefahr, zu verhindern, bilden sie Splittersonnen in der Bewegung gegen den Faschismus zu schwächen.

Alle diese Maßnahmen der SPD-Führer sind praktische Hilfestellungen für die Unternehmer und den Faschismus, denn sie fördern nur dessen Vornachschub, während sie den Kampfwillen und die Kampfkraft der Arbeiter schwächen.

### Die kommunistische Partei laßt den Massen:

Die entscheidende Frage ist nicht, welche Partei auf diesen oder jenen Posten kommt, sondern entscheidend ist die Organisation, die Einleitung und

des Finanzkapitals und als Vertreter der kapitalistischen Hungerordnung.

Die kommunistische Landtagsfraktion erklärt den arbeitenden Massen:

Ganz gleich, wie hier die Zusammensetzung des Präsidiums erfolgt, ob mit einem nationalsozialistischen Präsidenten oder mit einem Sozialdemokraten und einem nationalsozialistischen Vizepräsidenten, sie lindert den verzerrten Terrorzustand gegen die arbeitenden Massen an. Die KPD schlägt auch in dieser Situation als Zeichen ihrer Kampfbereitschaft gegen die kapitalistische Gesellschaft einen eigenen Kandidaten vor. Die kommunistische Fraktion erklärt deswegen den arbeitenden Massen, daß sie ihren

der Beginn des Kampfes gegen das bestehende kapitalistische System.

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind die Vertreter der Institutionen nur Träger der Interessen des herrschenden Finanzkapitals.

Die Wahl des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten ist ein Zeichen der verzerrten Faschisierung außerhalb des Parlaments. Deswegen gilt es, den außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus zu führen. Die Arbeiterklasse darf sich keineswegs durch demagogische Redensarten und parlamentarische Manöver täuschen lassen. Sie muß alle Maßnahmen zur wirklichen Niederschlagung des Faschismus ergreifen. Die Arbeiterklasse muß auf den neuen Vorstoß des Faschismus antworten mit der sofortigen

### Bildung roter Betriebswehren

in allen Betrieben, mit der Bildung von Erwerbslosenstaffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus an allen Stempelstellen, dem beschleunigten Ausbau des Kampfbundes zur freiesten Massenorganisation des einzigen Proletariats.

Sofort muß die entscheidende Vorbereitung zum Kampf gegen den Lohnabbau getroffen und der Kampf aufgenommen werden.

Die kommunistische Partei fordert die Arbeiterklasse auf, den Zusammenbruch gegen ihre Feinde zu vollziehen, sich in den Kartellen des Kampfbundes gegen den Faschismus, den Kampfkomitees in den Betrieben Führungen für diesen Kampf zu schaffen und

### unter dem Banner der kommunistischen Partei

den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, für ein Sowjetdeutschland aufzunehmen. Nur ein Sowjetdeutschland gibt die Garantie für die Niederschlagung und die Beseitigung der faschistischen Gefahr für den freien und ungehemmten Aufstieg der Massen der arbeitenden Bevölkerung. Wie Dresden, den 13. November 1930.

Kommunistische Landtagsfraktion

## Streiterfolg unter Führung der KPD

Altenburg, 14. November.

Der Streik der Hensburger Füllorgearbeiter um die „40 Stunden Arbeitsgarantie bei Tariflohn“ wurde gestern mit vollem Erfolg beendet. Der Streik stand unter Führung der KPD. Kein einziger Füllorgearbeiter wurde während des achtstündigen Streiks zum Verräter. Der 18 Mann starke KPD-Betriebsgruppe sind jetzt weitere 20 Arbeiter beigetreten, in dem Bewußtsein, daß nur unter Führung der KPD die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Lohnraub, für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich siegreich geführt werden können.

### 700 Schuharbeiter im Streit

Wie berichtet schon, daß bei der Firma Frankenstein in Buchscheid i. W. die Schuharbeiter gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten den Streik beschlossen haben. Von 700 Arbeitern und Arbeiterinnen traten darauf am Dienstag normiert 691 in den Streik. Unter den 9, die im Betrieb blieben, befinden sich noch einige Verräter, denen man gedroht hatte, sie dürfen nicht mehr nach Hause kommen, wenn sie freitretten. Noch am Vormittag bei Beginn des Streiks verurteilten die Bürokraten die Ablehnung für ungültig zu erklären. Mit überwältigender Mehrheit lehnte die vollständig versammelte Belegschaft eine neue Ablehnung ab und blieb auf dem am Tage vorher gefassten Streikbeschluss bestehen.

### Politischer Massenstreik in Spanien

Madrid, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.) In Madrid streiken etwa 20.000 Metallarbeiter im Streik. Der Kampf richtet sich gegen die von den Unternehmern angedrohte weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen eine weitere Verschärfung der Maßnahmen der Regierung. In Spanien haben die Berg- und Metallarbeiter einen einseitigen Generalstreik gegen die Regierung beschlossen, Summischlossen durchgeführt wurde. Kein Arbeiter ist in den Betrieben und auf den Felsen erschienen. Die Sozialdemokraten hatten mit ihren Streikbrecherparolen keinen Erfolg.

### ... und das ist Brandes' „Eriola“ 15 Pfennig Stundenlohnraub bei Siemens

Die Direktion der Siemens-Werke in Berlin, wo die U-Boote und Kanonen zuerst den organisierten Streik durchführten, hat beschlossen, vom 14. November an die Stundenlöhne um 15 Pf. zu kürzen. Dazu soll dann noch der von den Schlichtern diktierte Lohnraub von 8 Prozent kommen. Die Siemens-Arbeiter können sich jetzt bei Ulrich und Frau für diesen Lohnraub bedanken. Sie und die übrigen Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, nicht mehr länger den Kämpfen der Arbeiterklasse zu leisten, sondern unter der Führung der KPD den Kampf gegen den Lohnraub anzunehmen.